

GN 7  
10.12

# Allianz gegen Windkraft

CDU, FDP, AfD, Republikaner und NPD lehnen weiteren Ausbau ab

Von Stephan Kümmler

**Main-Kinzig-Kreis.** Das Thema Windkraft polarisiert. Beide Seiten – Befürworter wie Gegner – arbeiten mit mal mehr, mal weniger stichhaltigen Argumenten. Das Thema teilt auch den Main-Kinzig-Kreis in zwei Lager. Das zeigte sich auch gestern im Kreistag in Gelnhausen. Bei der Abstimmung über einen ursprünglich von der AfD eingebrachten Antrag, der Kreistag möge sich deutlich gegen den weiteren Ausbau der Windkraft auf Kreisgebiet aussprechen, kam es dabei gestern zu so etwas wie einer „Unheiligen Allianz“. CDU und FDP bedienten sich bei der Umsetzung ihrer Änderungsanträge der Stimmen der AfD sowie der Fraktion „Kommunale Allianz“, bestehend aus dem Republikaner Bert-Rüdiger Förster und Frank Ullmann von der NPD.



Nun offizielle Kreistagspolitik: Die bestehenden Windenergieanlagen in der Region (hier die drei Windräder bei Neudorf) reichen aus. FOTO: ARCHIV

## AUS DEM KREISTAG

Der Ursprungsantrag der AfD forderte den Kreistag dazu auf, alle „dem Kreistag rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um den weiteren Ausbau der Nutzung von Windenergieanlagen zur Energiegewinnung im Main-Kinzig-Kreis zu verhindern“. Auch Werbung für den Ausbau von Windenergie solle vom Kreistag, dem Präsidium und vom Kreisausschuss unterbleiben.

Die FDP wollte diesen Antrag dahingehend ändern, dass der Main-Kinzig-Kreis keine kreiseigenen Grundstücke mehr für den Bau von Windkraftanlagen zur Verfügung stellen sollte. Auch sollten die kreiseigenen Gesellschaften keine Windkraftanlagen planen, bauen oder betreiben – de facto ein Aus für das kreiseigene Unternehmen Naturenergie Main-Kinzig GmbH. „Damit wollen wir den Windkraftwahn in der Region beenden“, sagte Rolf Zimmermann (FDP) zum Änderungsantrag seiner Fraktion. Mit weiteren 3100 Hektar Vorrangflächen auf Kreisgebiet sei die Region weit über die für Hessen festgesetzte

Zwei-Prozent-Grenze belastet. Das sei nicht hinnehmbar. Der Kreis habe inzwischen seinen Teil an der Energiewende geleistet. Zudem sei Windenergie weder speicherbar noch grundlastfähig, so Zimmermann.

### CDU: Zwei-Prozent-Regel auch auf Kreisgebiet anwenden

Der Änderungsantrag der CDU – dem letztlich die Mehrheit des Kreistags zustimmte – übertrug die hessenweit geltende Zwei-Prozent-Grenze auf den Main-Kinzig-Kreis. Dies zeige, dass die CDU zum landesweiten Energiekonsens aus dem Jahr 2011 stehe. Die Besonderheiten der Region – etwa den Naherholungswert des Spessarts – gelte es gleichzeitig besonders zu schützen. „Gerade wird darüber diskutiert, im Spessart einen Nationalpark zu etablieren. Das passt mit dem Bau weiterer Windkraftanlagen nicht zusammen“, sagte Winfried Ottmann (CDU). Windkraftanlagen sollen, laut CDU-Antrag, nur dort entstehen, wo die Zustimmung der Standortkommunen vorliege. Gerade in den Kurstädten wird der Kreistag nun dafür eintreten, dass dort ein Abstand von

2000 Metern zur Wohnbebauung nicht unterschritten wird.

Wie das geschehen soll, fragte sich Michael Göllner von der SPD. „Der Kreistag hat in dieser Beziehung null Kompetenz“, wiederholte er fast gebetsmühlenartig. Zudem gebe es etwa für die 2000-Meter-Forderung keine legitime Grundlage. „Im aktuellen Planungsrecht gibt es diese Abstandsregel schlicht nicht“, sagte Göllner. Entsprechend gebe es auch keine Grundlage, diese in irgendeiner Form durchzusetzen, so der Sozialdemokrat. Er forderte die CDU auf, doch auf Landesebene und in der Regionalkonferenz offensiv für ihre Anliegen einzutreten. „Da liegen die Kompetenzen. Nicht im Kreistag.“ In der Regionalkonferenz, die den Teilplan erneuerbare Energien auflegt, habe er noch keinen Widerstand gegen die Vorrangflächen im Main-Kinzig-Kreis vonseiten der CDU erlebt. Zum letztlich gescheiterten FDP-Antrag sagte Göllner: „Der Kreis besitzt gar keine Flächen, auf denen Windkraftanlagen erbaut werden könnten.“

Wolfram Maaß (AfD) widersprach Göllner. Es gebe zahlreiche Grundstücke in Kreisbesitz,